

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anzeiger- und Beamten, K.-G., Dresden.
Gebrüder Umbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einschluß höherer Gewalt, hat der Verleger der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Redaktion: "Inhaltsverzeichnis" mit der täglichen Unter-
suchung "Wochen, Wochen, Sonntag", außerdem "Volk und Welt"
Nr. 283, halbjährlich 1,20 RM, Einzelnummer 10 Pf.
Telefonnummer: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3381, Sprech-
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 3381 und 1370.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreise: die 30 zum freien Konsumende-
zeile 20 Pf., die 30 zum freien Konsumende 200 Pf., für auswärtige
Anzeigen 40 Pf. und 200 Pf., Familienanzahlungen, Zeitschriften- und Wirt-
schaften 40 Pf. Rabatt. Für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 283

Dresden, Freitag, den 6. Dezember 1929

30. Jahrgang

Im Dienste des Großkapitals

Denkschrift des Reichsbankpräsidenten an die Reichsregierung - Eine Hilfsaktion für das Unternehmertum

Erst vor einigen Tagen wurde die deutsche Öffentlichkeit durch den Vortag des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erfreut, der Steuererleichterungen für die Besitzenden verlangt, und jetzt unternimmt der Reichsbankpräsident Schacht eine Hilfsaktion für diese Herrschaften. Bei der Reichsregierung ist eine zwölfseitige Denkschrift des Reichsbankpräsidenten Schacht zum Young-Plan eingegangen. In dieser Denkschrift richtet sich Schacht einmal dagegen, daß Deutschland keine Vertragsgegner zugeständnisse mache, die über das hinausgehen, was die Sachverständigen in Paris empfohlen hatten. Dann aber wendet er sich den Fragen der deutschen Finanzpolitik zu. Er beruht darauf, daß schon heute mit Sicherheit zu erwarten sei, daß die Einsparungen aus dem Young-Plan nicht zu einer Verminderung führen, sondern nicht einmal zur Deckung der jetzt bereits übersehbarer Fehlbeträge ausreichen werden. Schacht lehnt es für seinen Teil auf das Bestimmteste ab, für das Inkrafttreten des Young-Planes verantwortlich gemacht zu werden, wenn dessen Voraussetzungen demütig missachtet würden.

Der Reichsbankpräsident Schacht scheint eine sehr große Meinung von seiner Bedeutung zu haben. Er ist zwar von der deutschen Regierung als Sachverständiger nach Paris geschickt worden, aber deswegen ist er noch lange nicht das unantastbare Orakel, dessen Ratsschlüsse unbedingt befolgt werden müssen, wenn Deutschlands Räte geheilt werden sollen. Die Wahlen des deutschen Volkes haben um so weniger Anlaß, auf diesen Herrn Schacht allzuviel zu geben, weil sich schon oft deutlich genug zeigte, daß der Reichsbankpräsident sich nur allzu sehr als Sachwalter kapitalistischer Interessen fühlt. Schließlich möchte sich auch ein Mann wie Schacht sagen, daß es nicht damit getan sei, wenn immer und immer wieder über die großen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften gejammert wird, sondern er möchte sagen, wo gespart werden soll. Dort aber, wo Leute regieren, die die Auffassung der Schacht u. Comp. in der Theorie teilen, werden die großen Ersparnisse vergeblich gesucht werden. In Thüringen z. B. haben wir seit Jahr und Tag einen Bürgerblock, und der Volkes ist dort durchaus nicht geringer als anderswärts. Hier in Sachsen hat es der der Wirtschaftspartei angehörende Finanzminister Weber bisher noch nicht fertiggebracht, Ersparnisse zu erzielen, und als im Frühjahr 1929 im Reichstag „gespart“ werden sollte, ist auch nicht

Steuerpläne im Reichsfinanzministerium: Herabsetzung der Einkommensteuern und der Realsteuern - Die vergessene Umsatzsteuer

viel dabei herausgekommen, trotzdem die bürgerlichen Parteien, die so gern sparen möchten, im Reichstag die Mehrheit haben. Aber wir kennen die Weisheit, wir kennen den Teufel, wir kennen auch die Verfasser, wir wissen, daß Ausgaben für soziale Zwecke gedroht werden sollen, damit die Reichen weniger Steuern zu zahlen brauchen.

Einen gewissen Erfolg hat das Steuergefährt des Unternehmertums bereits erzielt. Das Finanzministerium hat, wie jetzt neuerdings der politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst meldet, die Absicht, den Steuerentlastungs-wünschen der Besitzenden entgegenzukommen, obgleich das Reich, wenn es keine Finanzen nicht in Grund und Boden ruinieren will, auf einen nennenswerten Teil seiner Einnahmen nicht verzichten kann. Die Einkommensteuer soll reformiert werden, es soll einmal das Steuerfreie Existenzminimum für Ledige auf 1800 und für Eheleute mit zwei Kindern auf 3000 M. erhöht werden, ein Vorschlag, für den u. a. der Umstand spricht, daß bei der Erhebung der Steuern für niedrige Einkommen verhältnismäßig hohe Einbehaltungskosten entstehen. Gleichzeitig aber soll auch eine Senkung der Einkommensteuer für die höheren Einkommen um 25 Prozent erfolgen. Diese Senkung soll in drei Etappen von je anderthalb Jahren durchgeführt werden. Fernhin bis zu 25000 Mark sollen von der Vermögenssteuer freigestellt werden. Gleichzeitig ist eine Senkung der Realsteuern, Gewerbesteuer und Grundsteuern um 10 Prozent beabsichtigt. Den Gemeinden sollen die entfallenden Einnahmen von Reich und Ländern ersetzt werden. Soweit die Reduktion des politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes, die aber die Finanzreformpläne des Reichsfinanzministeriums nicht erschöpfend wiedergibt.

Den Besitzenden soll außer durch die Herabsetzung der Einkommensteuer eine Entlastung durch die Befreiung der Industrieabgabe, die heute 300 Millionen Mark beträgt, zuteil werden, die Rentenbankabgabe, die heute 100 Millionen Mark bringt, soll verschwinden, so daß man im

ganzen mit einer Entlastung der Besitzenden um eine Milliarde Mark rechnen kann. Der famose Plan, die Gemeinden eine Art Kopfsteuer erheben zu lassen, soll inzwischen aufgegeben worden sein, dafür aber besteht der Plan, durch Erhöhung der indirekten Steuern auf Bier und Tabak die Massen höher zu belasten.

Die Sozialdemokratische Partei lehnt heute nicht mehr unter allen Umständen Steuern auf die Massen abzunehmen ab. Aber sie darf sich hier mit einer Steuererhöhung nur abfinden, soweit diese dazu dienen soll, die Massen an irgendeiner anderen Stelle, etwa bei der Einkommensteuer oder bei Steuern auf den notwendigen Bedarf, wie z. B. bei der Zuckersteuer, zu entlasten, doch sie wird sich unter allen Umständen dagegen wehren müssen, daß die Massen zugunsten der Besitzenden belastet werden. Zugabe ist, daß heute die Belastung der Besitzenden in Deutschland nicht gerade gering ist, wenigstens für diejenigen, die das an Steuern zahlen, was sie an Steuern zu zahlen haben. Aber wir haben nun einmal den Krieg geführt und verloren, und was zu dem kapitalistischen Geldgefährt von der notwendigen Kapitalbildung und der Verminderung der Produktionskosten zu sagen ist, ist schon hier mehrfach gesagt worden.

Bei einer Steuerherabsetzung bei den Besitzern ist nicht einmal die Sicherheit geboten, daß die erlittenen Steuern wirklich zur Kapitalbildung benutzt werden. Wenn schon eine Steuerermäßigung eintritt, so dürfte sie nur für die Teile des Einkommens erfolgen, die nachgewiesenermaßen zur Kapitalbildung dienen.

Recht übel erscheint uns auch der Plan, schematisch die Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) um 10 Prozent zu senken, obgleich die Belastung der Steuerzahler durch diese Steuer recht verschieden ist, z. B. in Sachsen erheblich geringer als in vielen preussischen Städten, und es hieße eine durch nichts gerechtfertigte Ungleichmäßigkeit vewirken, wenn man bei diesem Steuerentlastungsplan von der jetzigen Höhe dieser Steuern ausginge.

Wer würdigerweise ist bei dem kapitalistischen Steuergefährt niemals von der Umsatzsteuer die Rede, die 0,75 Proz. des Umsatzes beträgt. Da sie von einem Gute auf den verschiedenen Stufen der Herstellung und des Handels erhoben wird, verteuert diese Steuer die Waren um mehrere Prozent. Wir geben uns auch nicht der Hoffnung hin, daß bei Aufhebung der Umsatzsteuer überall die Warenpreise entsprechend sinken würden. Kommt eine neue Steuer, ist man sehr schnell mit dem Aufschlag bei der Hand, aber nicht bei ihrer Befreiung mit einer Herabsetzung der Preise. Doch man fürchtet offenbar, daß bei der Umsatzsteuer wenigstens hier und da der Konkurrenzkampf eine entsprechende Preisentzweiung erzwingen könnte, so daß eine Herabsetzung den Unternehmern keine höheren Profite verschafft. Es kommt aber offenbar unseren Unternehmern weniger darauf an, durch Preisherabsetzung deren Absatz zu vermehren. Sie denken in ihrer Kurzsichtigkeit nur daran, ein bißchen mehr Gewinn zu erhalten, und an weiter nichts.

Die Sozialdemokratische Partei steht nicht auf dem Standpunkt, daß unser Steuerwesen nicht verbessert werden bedürftig ist, aber sie wird sich weder durch die guten Ratsschlüsse, die Herr Schacht uns erteilt, noch durch irgend jemand anderen davon abbringen lassen, einer sogenannten Steuerreform den schärfsten Widerstand zu leisten, die die Besitzenden auf Kosten der breiten Masse entlastet.

Aus Schachts Denkschrift

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Funkdruck.)

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat am Donnerstag in vorgerückter Abendstunde ein Memorandum über den Young-Plan veröffentlicht, das im wesentlichen mit den finanzpolitischen Forderungen der deutschen Industrie übereinstimmt. Die Reichsregierung wird zu diesem Memorandum heute Stellung nehmen. Schacht wendet sich in seinem Memorandum zunächst gegen die Maßnahmen der Gläubiger-Regierungen, die die Lasten Deutschlands im Young-Plan weiter zu erhöhen geeignet sind.

Schacht führt die zusätzlichen Belastungen, die Deutschland aufgenötigt werden, in folgenden sechs Punkten auf:
1. Deutschlands Vergicht auf den fünfmonatlichen Heberschuß von 400 Millionen Mark der

Schiele und Westarp warten ab!

Der Eisgang rechts

D. Berlin, 6. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Die aus der deutschnationalen Fraktion ausgetretenen Abgeordneten dürften bereits zu Beginn der kommenden Woche Fraktionsstärke erreichen. Inzwischen geht die Koalition im deutschnationalen Lager weiter. Aus dem Lande erhielten die aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgeordneten zahlreiche telegraphische und briefliche Zustimmungserklärungen. Außer den Zustimmungserklärungen zahlreicher maßgebender Industriellen sind von Abgeordneten der „deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft“ zahlreiche Austrittserklärungen insbesondere von deutschnationalen Universitätsprofessoren und deutschnationalen Arbeitnehmervertretern zugegangen. In Berlin traten allein drei maßgebende Universitätsprofessoren zu der Gruppe Trebiranus über. Aus Kiel, Breslau und andern Universitätsstädten liegen ähnliche Solidaritätserklärungen vor. Außerdem haben sich mit den bisher ausgetretenen Abgeordneten inzwischen viele Vorstandsmitglieder der deutschnationalen Landesverbände solidarisch erklärt.

Die ausgetretenen Abgeordneten sind der Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, über die Erlangung der Fraktionsstärke hinaus langsam eine eigene Organisation zu schaffen. Sie beabsichtigen u. a. in einem eigenen Organ und einem eigenen „Presseblatt“ hervorzutreten. Mittel scheinen nach den uns gewordenen Informationen ausreichend zur Verfügung zu stehen. Die Führung des Kampfes gegen Eugenbergs liegt in den Händen des bisherigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Trebiranus. Er steht angeblich auf dem Boden der Republik und war bereits als Mitglied der deutschnationalen Reichstagsfraktion einer der schärfsten Gegner Eugenbergs.

Es ist anzunehmen, daß Westarp und Schiele vorerst den Volkseisgang abwarten und dann zur Vereinigung der „nicht endgültig geklärten Verhältnisse“ schreiben werden. Es ist unwahrscheinlich, daß sie sich unter das Joch Eugenbergs und seiner Kreaturen beugen. Insofern befindet sich die Krise im deutschnationalen Lager erst in den Anfängen. Der zweite Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Abraham Fromme, Elberfeld, hat die deutschnationalen Volkspartei ebenfalls verlassen.

Schieles doppeltes Spiel

SPD, Berlin, 6. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Das Präsidium des Reichsländerbundes spielt seit langem ein doppeltes Spiel. Es ist gegen den Justizhausparagrafen des sogenannten Freiheitsgesetzes und erklärt sich trotzdem für dieses Gesetz. Neuerdings hat dieser Justizhausparagraf innerhalb der deutschnationalen Presse zu Diskussionen geführt. Der Reichsländerb. erklärt dazu, daß er nach wie vor gegen den Justizhausparagrafen ist, aber dennoch am 22. Dezember seine gesamten Kräfte zur Durchföhrung des Volkseisganges einsetzen werde. Und nach dem 22. Dezember? Es scheint, als ob Schiele und Genossen dann ihre eigenen Wege gehen und Herrn Eugenbergs im Stich lassen werden.

Schiele und Westarp warten ab!